Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 27 | **Donnerstag, den 3. März 1932** | **34. Jahrg.**

Völkerbund und Abrüstung.

Von

Max Beer.

Seit Begründung des Völkerbundes lebt der deutsche Schriftsteller Max Beer als Betrachter der Völkerbundsarbeit in Genf. Eine Zeitlang war er als Vertreter Deutschlands Mitglied der Nachrichten-Abteilung des Völkerbunds selbst. Er kennt also den Völkerbund von innen und außen, und deshalb verdient sein soeben im Verlag S. Fischer, Berlin, erschienenes Buch „Die Reise nach Genf" erhöhte Aufmerksamkeit aller politischen Kreise.

„All die bis in die letzten Einzelheiten in 54 Artikeln ausgeklügelten Abrüstungsbestimmungen des Teiles V des Versailler Friedensvertrages werden eingeleitet durch ein wichtiges und feierliches Wort: „Um die Vorbereitung einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt vollkommen innezuhalten." Das ist ein klarer Satz. Den niemand mißverstehen kann, der, wie der französische Professor Jean Rey in seinem vortrefflichen Kommentar zum Völkerbundspakt erklärt, „ausdrücklich festsetzt, daß die gewissen Mächten aufgelegte Entwaffnung nur die Bedingung für die allgemeine Abrüstung ist, die folgen sollte", und aus dem sich ergibt, daß, „wenn nach Artikel 8 die Völkerbundsmitglieder sich in einer ungleichen Lage befinden, über den temporären Charakter dieser Ungleichheit im Geiste der Verfasser des Vertrages kein Zweifel bestand". Die Deutschen jedenfalls haben bereits auf Grund ihrer feierlichen Verständigung mit dem Präsidenten Wilson über seine 14 Punkte ein unbestreitbares Recht darauf, daß die Abrüstung gleichmäßig in allen Staaten durchgeführt wird. Die deutsche Delegation in Versailles stimmt außerdem den drakonischen Abrüstungsbestimmungen des Vertrages am 29. Mai 1919 nur mit der Erklärung zu, daß Deutschland als gleichberechtigte Macht sofort in den Völkerbund aufgenommen werde, daß sie „den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen bedeuteten, und daß spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß auch die anderen Staaten entsprechend Artikel 8 der gegnerischen Völkerbundsakte Beschränkungen ihrer Rüstungen vornehmen und die allgemeine Wehrpflicht abschaffen".

Die Alliierten selbst legen in ihrem Ultimatum vom 16. Juni Wert darauf, an die Bestimmungen des Artikels 8 zu erinnern, baldige Verhandlungen über einen allgemeinen Abrüstungsplan anzukündigen und besonders hervorzuheben „daß ihre Bedingungen über die Rüstungen Deutschlands nicht nur zum Zweck hätten, Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen" sondern daß „diese Bedingungen gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen darstellen, welche die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören wird". Was heißt das alles? Wenn die Sieger Deutschland und seine Verbündeten zunächst gewaltsam entwaffnen, so sind sie gleichzeitig selbst entschlossen, zu einer allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen zu schreiten. Das hört man gerne. Aber warum tun sie es nicht sofort? Worauf warten sie? Hören wir ihre Entschuldigung: Sie müssen nämlich „feststellen, daß das ungeheure Anwachsen der Rüstungen in den letzten Jahrzehnten den Staaten Europas durch Deutschland aufgezwungen worden ist. Weil Deutschland seine Macht vermehrte, mußten seine Nachbarn das gleiche tun, wollten sie nicht dem Zwange des deutschen Schwertes widerstandslos ausgeliefert sein." Und nach dieser unbewiesenen Behauptung, die sie wie so viele andere in ihrer Ultimatum-Note einem Gegner ins Gesicht schleudern dürfen, dem der Widerspruch verboten ist, kommen sie zu folgendem Schluß: „Es ist daher ebenso gerecht wie notwendig, mit der zwangsweisen Begrenzung der Rüstungen bei dem Staate zu beginnen, den die Verantwortung für ihr Anwachsen trifft. Erst wenn der Angreifer den Weg gezeigt hat, können auch die Angegriffenen in aller Sicherheit ihm folgen." Und deshalb hat „Deutschland bedingungslos einer Abrüstung vor den alliierten und assoziierten Mächten zuzustimmen".

*

Aufgabe des Völkerbundes ist es, so schnell wie möglich die zeitliche Zerreißung des Abrüstungswerks wiedergutzumachen, niemals aber wird er es zulassen können, daß man die ihm anvertraute Aufgabe auch inhaltlich zerreißt und ihn damit selbst vernichtet.

Eine paradoxale Lage? Paradoxal wie die Art der Gründung des Völkerbundes und des Versailler Friedenssystems: Eine große Gruppe von Mächten, die Frankreich, England, Italien, Polen, Tschechoslowakei usw. heißt, will ihre Macht, die sie geflissentlich mit Sicherheit verwechselt, auf die Entwaffnung ihrer Nachbarstaaten gründen: das ist der Sinn des Teiles V ohne die Präambel, und das ist die Verleugnung des Völkerbundsgedankens, der die Sicherheit auf die allen gemeinsame Macht gründen soll. Dieselbe Gruppe von Staaten aber, die sich jetzt den Namen Völkerbund beilegt ist, weil dieser Name nun einmal verpflichtet, widerwillig zur Anerkennung des Grundsatzes der allgemeinen Abrüstung und zur Ankündigung unbestimmter Zukunftsmaßnahmen gezwungen. Ein Widerspruch, den die Präambel zu Teil V und die Erklärungen der Alliierten vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages verdecken wollen. Aber die paradoxale Lage wird eine Zwangslage, der sich niemand mehr entziehen darf. Die Geister des Teiles V klopfen stürmisch an die verschlossene Pforte des Teiles I. Soll ein Völkerbund werden, muß die Pforte sich öffnen, muß die Identität zwischen den Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages und den Abrüstungsverheißungen des Paktes hergestellt werden. Und der große Kampf, der allmählich anbricht und in dem die einen diese Identität verlangen, die anderen ihre Herbeiführung hinausschieben oder ihre Notwendigkeit leugnen, wird mehr als der Kampf um die Regelung der Beziehungen zwischen den Siegern und den Besiegten und um die Innehaltung oder Auslegung bestimmter Versprechungen und Verpflichtungen, wird der Kampf um die Herbeiführung des Völkerbundes sein. Solange dieser Kampf nicht mit dem ausschließlichen Sieg des Völkerbundsgedankens über den Machtgedanken endet, bleibt der Pariser Verein, auch wenn die Besiegten ihm angehören, der Gendarm der Sieger. Er steht vor den Starken und droht zu den Entwaffneten hinüber."

Um die deutsche Gleichberechtigung.

Entscheidung auf das Konferenzende verschoben.

Genf, 2. März.

Tardieu hat kurz vor seiner Abreise nach Paris der Presse einige Mitteilungen über seine letzten Verhandlungen gemacht. Er betonte, daß er sich mit dem Botschafter Nadolny offen über die schwebenden Fragen unterhalten habe. Die Unterredung sei in durchaus freundschaftlichem Geiste verlaufen. Die grundsätzlichen Schwierigkeiten bestünden jedoch weiter. Auf keiner Seite bestehe die Absicht, die Lage weiter zu verschärfen.

Die großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung, die mit dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes zusammenhängen, würden gleich zu Beginn der jetzt einsetzenden sachlichen Verhandlungen auf den Abschluß der Konferenz verschoben werden. Man wolle die mit diesem Artikel zusammenhängenden Schwierigkeiten erst am Ende der Konferenz beraten.

Die sachlichen Verhandlungen würden daher zunächst mit dem Kapitel 2 des Abkommensentwurfs über die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände beginnen. Dieses Kapitel berühre die internationalen Fragen, so daß hierbei die Sicherheitsfrage und die französischen Vorschläge behandelt werden würden. Bis zum Abschluß der am Donnerstag beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes würden keinerlei bedeutungsvolle Verhandlungen mehr stattfinden. Tardieu erklärte, er nehme an, daß die grundsätzlichen Erörterungen voraussichtlich erst nach der Osterpause einsetzen würden.

Francois-Poncet bleibt in Berlin.

Wie in politischen Kreisen zuverlässig verlautet, hat Francois-Poncet sich nunmehr endgültig entschlossen, auf dem Berliner Posten zu verbleiben und nicht mehr für die Kammer zu kandidieren.

Chefredakteur Perreux schreibt im „Paris Midi", Francois-Poncet habe in Berlin eine außerordentlich schwierige Aufgabe zu erfüllen. Trotz gegensätzlicher Anschauungen der beiden Regierungen sei es ihm aber bereits gelungen, viel zu erreichen. Man müsse zugeben, daß der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß nicht viel von sich reden mache. Trotzdem werde jedoch gearbeitet, und es sei gelungen, etwa 20 industrielle und handelspolitische Abkommen unter Dach zu bringen. Die Aufgabe des Ausschusses sei noch lange nicht beendet. Was die politischen Fragen zwischen den beiden Völkern anbelange, so seien sie so bekannt, daß man sich nicht im einzelnen mit ihnen zu beschäftigen brauche. Francois-Poncet habe sich entschlossen, das von ihm begonnene Werk weiterzuführen, nachdem die Regierung an ihn die Bitte gerichtet habe, auf seinem Posten zu verbleiben.

Weiter heißt es, daß drei französische Botschafter wegen Ueberschreitung der Altersgrenze demnächst zurücktreten würden, was eine Umbesetzung verschiedener diplomatischer Posten notwendig mache.

Fünf Präsidentschaftskandidaten

Anmeldungen beim Reichswahlleiter.

Berlin, 1. März.

Nachdem in der vorigen Woche die formelle Anmeldung der Kandidatur des Reichspräsidenten von Hindenburg mit gleichzeitiger Ueberreichung seiner Zustimmungs-Erklärung stattgefunden hat, erschien Montagmorgen der Reichstagsabgeordnete Goering von der Nationalsozialistischen Partei beim Reichswahlleiter, um die Kandidatur des Regierungsrats Hitler anzukündigen. Die formelle Zustimmung Hitlers steht noch aus, wird aber nachgereicht werden.

Weiterhin haben die Kommunisten die Kandidatur Thälmanns, und die Deutschnationalen in Verbindung mit dem Stahlhelm die Kandidatur des Oberstleutnant a. D. Duesterberg beim Reichswahlleiter angekündigt. Die notwendigen Formalitäten dürften spätestens bis Dienstag erledigt werden.

Als ein Kuriosum verdient vermerkt zu werden, daß nach den bisherigen Anmeldungen auf den Stimmzetteln nicht vier, sondern fünf Präsidentschaftskandidaten verzeichnet werden.

Der Fünfte ist nämlich der sogenannte Betriebsanwalt Adolf Gustav Winter aus Großjena bei Naumburg, der sich gegenwärtig in der Bautzener Landesstrafanstalt befindet. Gustav Adolf Winter ist der Mann der rotgestempelten Tausendmarkscheine, der die Rettung Deutschlands durch eine Bank- und Börsenreform verkündet. Die notwendigen Unterschriften, und zwar 35 000, sind für ihn beigebracht worden. Die Unterschriften sind vor allem in Hamburg, München und in Sachsen gesammelt worden. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden formelle Einwendungen gegen die Kandidatur dann nicht gemacht werden können, wenn dem Präsidentschaftskandidaten Winter bei der Verurteilung die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abgesprochen worden sind.

Die Frist für die Anmeldung endet am 3. März, 12 Uhr nachts. Der Reichswahlleiter wird alsdann seine Entscheidung über die Zulassung der Kandidaten treffen und gleichzeitig den Kreiswahlleitern telegraphisch Mitteilung machen, damit die Stimmlisten ausgedruckt werden können. Die Angelegenheit ist insofern eilig, weil die ausfahrenden Seeleute in den Häfen der Ost- und Nordsee bereits acht Tage vor der Wahl ihre Stimme abgeben können. Die Mitteilung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge erfolgt im Reichsanzeiger.

Neue Austritte aus der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 1. März. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei, Stadtverordneter Dr. Faltz, ist unter gleichzeitiger Niederlegung des Vorsitzes aus der Partei ausgetreten und kündigt in einem Aufruf an seine bisherigen Parteifreunde seinen Uebertritt zu den Deutschnationalen an. Mit Faltz haben noch eine ganze Reihe anderer Parteimitglieder ihren Austritt aus der DVP. vollzogen.

Jugendausschuß Berlin der DVP für Dingeldey

Der Wahlkreis-Jugendausschuß der Deutschen Volkspartei im Wahlkreisverband Berlin (Hindenburg-Bund) veröffentlicht eine Erklärung, in der er mitteilt, er lehne es auf das allerentschiedenste ab, sich dem Schritt einiger Mitglieder des Wahlkreisverbandes anzuschließen und zu den Deutschnationalen überzugehen. Die Jugendgruppe des Hindenburg-Bundes stehe in unwandelbarer Treue hinter ihren Führern Dingeldey und Hintzmann.

*

Die Krise in der Volkspartei.

Berlin, 2. März. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei erklärt zu dem Uebertritt des Vorsitzenden und Generalsekretärs des Berliner Wahlkreises zu den Deutschnationalen, beide Herren seien damit ihrem Ausschluß zuvorgekommen. — Inzwischen hat auch der frühere Reichsminister von Raumer seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Hugenberg in Essen.

Präsidentschaftswahl und Preußenwahl.

Essen, 2. März.

Dr. Hugenberg sprach in Essen über die bevorstehende Präsidentschaftswahl. Er legte dar, weshalb die DNVP. keinen eigenen Parteikandidaten aufgestellt habe. Maßgebend sei letzten Endes das Ziel von Harzburg: „Das verderbliche schwarz-rote System muß fallen!" Die Präsidentenwahl wirke heute in der Richtung, daß die an sich klaren Fronten verwischt werden. Die Preußenwahl werde und müsse sie wiederherstellen. Der Preußenwahl gelte der Hauptstoß. Der Versuch des schwarz-roten Systems, sie mit der Präsidentenwahl in den Hintergrund zu drängen, werde mißlingen. Daß die Gefahr auf längere Sicht auch heute noch nicht überwunden sei, gehe zu Lasten des Zentrums und seiner Bundesgenossen. Das Zentrum habe nach den Wahlen vom 14. September 1930 einen gegebenen Augenblick nach dem anderen ungenutzt vorübergehen lassen. Es habe die Landtagswahl trotz aller Bemühungen der Rechten hinter die Präsidentenwahl statt davor gelegt, um den Frieden zwischen Hindenburg und der Rechten unmöglich zu machen, ja, um Hindenburg auf dem politischen Schachbrett auf der Seite des schwarz-roten Bundes als seinen König gegen die Rechte auszuspielen. Es habe im Sommer 1931 die beste Gelegenheit zur endgültigen Abwerfung der Tribute versäumt. Es habe sich nicht rechtzeitig zu einer klaren Politik des inneren Marktes entschließen können. Es habe ständig politisch „gepfuscht" statt geführt, um sein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu retten. Was „Klugheit im politischen Leben" sei, wisse Herr Brüning sicher. Was Macht sei, auch. Er brauche aber trotz einiger für ihn erfreulicher Erfahrungen, die er machen konnte, nicht zu hoffen, daß die Rechte es nicht wisse. Das Spiel sei noch nicht zu Ende.

Reichslandbund gegen Hindenburg.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320303-10/fragment/page=0001

einer Sitzung folgende Entschließung zur Reichspräsidentenwahl an:

„Die nationale Opposition hat die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer Hitler und Duesterberg beantwortet. Der Reichslandbund steht im Lager der nationalen Opposition. Er wird seine Stimme nicht für Hindenburg einsetzen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition darf nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Unser gemeinsamer Kampf richtet sich gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Irrwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind."

Falsche Gerüchte

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt mit: Durch eine böswillig, aber geschickt geführte Mundpropaganda wird, wie aus allen Teilen des Reiches berichtet wird, die Behauptung verbreitet, daß der Oberst von Hindenburg und der Staatssekretär Meißner Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei seien, sowie daß die Kinder des Obersten von Hindenburg in einer „Gottlosen"-Schule erzogen würden.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse stellt fest, daß diese Nachrichten sämtlich erlogen sind.

Die Preissenkungsaktion.

Reichskommissar Goerdeler im Rundfunk.

Berlin, 2. März.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, sprach im Rundfunk über seine Tätigkeit.

Er wandte sich zunächst dem Bierstreik zu und erklärte, die Brauereien seien durch Notverordnung gezwungen worden, ihre Preise um 10 v. H. zu senken.

In längeren Verhandlungen sei die Senkung um 2 RM je Hektoliter festgelegt worden. Diese Senkung des Bierpreises habe zwangsläufig nicht dem Gastwirt überlassen werden können, sondern hätte dem letzten Verbraucher zugeführt werden müssen. Da die Verhältnisse im Reich zu verschieden gewesen seien, habe er die Sachkunde der örtlichen Behörden eingeschaltet, um in den Gastwirtschaften einen gerechten Bierpreis einzuführen. Es müsse klar ausgesprochen werden, daß ein Steuerstreik niemals zum Erfolg führen könne, da jede öffentliche Gewalt, die in diesem Punkte nicht unnachgiebig sei, das ganze Staatswesen der Auflösung aussetze. Im übrigen würden die Mittel aus der Biersteuer von den Gemeinden meist für Arbeitslosenunterstützung verwandt

Die Erhöhung der Butterpreise sei durch die Erhöhung des Butterzolls bedingt, er habe jedoch die Hoffnung, daß der Butter- und Milchpreis, insbesondere durch Beeinflussung etwa übersetzter Handelsspannen sich nicht nur halten lassen, sondern zum Teil sogar eine rückläufige Bewegung haben werde, da die Milcherzeugung der Landwirtschaft ab Februar stets ansteige.

Der Brotpreis

sei in den letzten beiden Monaten in ganz Deutschland herabgesetzt worden. Durch Maßnahmen der Reichsregierung sei es gelungen, die Roggenpreise und die Roggenmehlpreise, die in den letzten Tagen gestiegen seien, nach unten zu beeinflussen. Die Getreidevorräte in Deutschland würden vollkommen ausreichen, um die Brotversorgung bis in das nächste Erntejahr hinein sicherzustellen.

Zusammenfassend stellte Dr. Goerdeler fest, daß er seit Antritt seines Amtes eine Senkung der Richtziffer um 7 v. H. erreicht habe. Noch niemals seit der Inflation sei eine so starke Senkung der Richtziffer in etwa zwei Monaten erreicht worden. Die Landwirtschaft und der Bergbau hätten von weiteren Senkungsmöglichkeiten ausgenommen werden müssen. Die Preisbewegung sei jetzt auf einem gewissen Beharrungszustand angelangt, soweit nicht die wirtschaftliche Entwicklung automatisch eine weitere Preissenkung herbeiführe.

Dr. Goerdeler behandelte ferner eingehend die Preissenkung der wichtigsten Warengattungen.

Das Handwerk im Februar.

Die wirtschaftliche Lage.

Hannover, 2. März.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird u. a. geschrieben: Wie bei dem anhaltenden allgemeinen Tiefstand der deutschen Wirtschaft nicht anders zu erwarten ist, hat auch der Monat Februar dem Handwerk keine Besserung gebracht.

Die Frühjahrsbelebung, die sonst bereits im Februar einzusetzen pflegte, ist ausgeblieben. Von einer Beschäftigung mit Neuaufträgen kann im Handwerk kaum noch die Rede sein. Soweit überhaupt Beschäftigung vorlag, beschränkte sie sich auf unerläßliche Reparaturarbeiten.

Aber auch die Zahl dieser Aufträge war äußerst beschränkt, einmal infolge der Zurückhaltung der Kundschaft, zum anderen, weil diese Aufträge dem Handwerk in immer größerem Maße von Schwarzarbeitern entzogen werden. Für die Entwicklung der Handwerkswirtschaft außerordentlich bedeutsam ist auch die Preissenkungsaktion der Reichsregierung, die zum Teil durch die Form ihrer Durchführung im Handwerk außerordentliche Erbitterung ausgelöst hat. Es wird bei den Forderungen auf Senkung der Preise im Handwerk nur zu leicht vergessen, daß das Handwerk in seiner Preisbildung nicht frei ist, sondern wesentlich von den Preisen seiner Vorlieferanten, von der Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen, die noch keine Senkung erfahren haben, usw., abhängt. Infolge der bereits seit Jahren andauernden Depression im Handwerk hat sich allmählich ein derartiger Hunger nach Arbeit entwickelt, daß die Preise im Handwerk auf das äußerste gedrückt sind.

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage im Handwerk ist das vollständige Darniederliegen der Bautätigkeit.

Die Aussichten für das bevorstehende Baujahr müssen, zum mindesten soweit die Privatbautätigkeit in Frage kommt, als äußerst ungünstig angesehen werden. Auch die Nahrungsmittelhandwerke bekommen immer stärker den allgemeinen Niedergang zu spüren. Entsprechend der schlechten Beschäftigung der Betriebe hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verschärfung erfahren. Selbst für Lehrlinge liegt vielfach keine Beschäftigung mehr vor.

Sicherung der Ernte.

Eine Denkschrift der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

Berlin, 2. März.

Um vor einer unsachgemäßen Ackerbestellung, die die deutsche Ernte für das Jahr 1932 auf das stärkste zu gefährden droht, zu warnen, hat es die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft für erforderlich erachtet, in letzter Stunde auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Auf einer Besprechung, an der die interessierten Reichs- und Staatsbehörden und die Vertreter befreundeter Organisationen teilnahmen, wurde eine von Rittergutsbesitzer Dr. h. c. Schurig-Zeestow verfaßte Denkschrift über die Gefährdung der deutschen Ernte übergeben.

Die Denkschrift klingt aus mit der Feststellung, eine Unterlassung aller der Maßnahmen, deren Anwendung sich lohne, d. h. deren Erfolg, in Geld gemessen, größer sei als ihr Einsatz, müsse die Lage der Landwirtschaft weiter verschlechtern. Es sei hier neben der Anwendung gesunden und leistungsfähigen Saatgutes im besonderen auf die Düngung hingewiesen, da die Düngung auch ein unerläßliches Mittel zur Senkung der Erzeugungskosten geworden sei.

Achtung, Gas!

Vorbereitung des zivilen Luftschutzes.

Berlin, 2. März.

Bisher sind alle Bemühungen vergeblich gewesen, für den Kriegsfall den Abwurf von Kampfstoffen aus der Luft völkerrechtlich bindend zu verbieten. Das Reichskabinett hat bereits im Jahre 1927 die Vorbereitung eines Luftschutzes für die Zivilbevölkerung beschlossen, wobei dem Reichsministerium des Innern die Federführung übertragen wurde. Den ersten praktischen Schritt auf diesem Gebiete bildete die Ausbildung und Ausrüstung der Polizei, Feuerwehr, Technischen Nothilfe und der sanitären Hilfsverbände zum Schutze der Bevölkerung gegen Gasgefahren.

Die Mittel des zivilen Luftschutzes sind in allen größeren Staaten der Welt sorgfältig untersucht worden. Nach allgemeiner Auffassung kommen hauptsächlich folgende Maßnahmen in Frage:

1. Ein wirksamer Meldedienst, der die Bevölkerung rechtzeitig warnen soll;

2. eine Tarnung der Ziele durch Verdunkelung oder Vernebelung;

3. ein kollektiver Schutz der Bevölkerung durch Schaffung behelfsmäßiger splitter- und gassicherer Unterkunftsräume in Häusern und Gebäuden und durch zweckentsprechende Anordnung bei der Planung künftiger Bauanlagen;

4. die Ergänzung des kollektiven Schutzes durch Einzelschutz gegen Gas, und

5. umfassender Ausbau eines Sicherheits- und Hilfsdienstes.

Diese für die Allgemeinheit erforderlichen Schutzmaßnahmen haben sinngemäß auch für alle größeren Betriebe und Unternehmungen — insbesondere Eisenbahn und Post wie die lebenswichtigen Werke — Anwendung zu finden.

Neuer japanischer Großangriff.

60 000 Mann Kampftruppen vor Schanghai.

Schanghai, 2. März.

Die Japaner eröffneten auf der ganzen Front von Schapei bis Kiangwan eine neue Offensive. Nach vorhergehender Bombardierung Schapeis durch Flugzeuge rückte die japanische Infanterie trotz des chinesischen Widerstandes im Bezirk Hongkiu sowie gegen das Gebäude der „Handelspresse" vor. Auch bei Tasang griffen die Japaner an. Flugzeuge belegten die chinesischen Stellungen mit Bomben, während Tanks die chinesischen Schützengräben angriffen.

An der Yangtse-Mündung wurden 12 000 Mann japanische Truppen gelandet. Es wird vermutet, daß diese Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generals Schirokawa stehen, die chinesische Front hinter den Wusung-Forts umgehen sollen. Im ganzen sollen 60 000 Mann japanische Truppen in Schanghai stehen.

Japan nimmt Ratsvorschläge an.

Die japanische Regierung hat sich entschieden, die Genfer Vorschläge für die Einberufung einer Vermittlungskonferenz in Schanghai für annehmbar zu erklären. Außenminister Joschijawa teilte mit, daß die von dem Präsidenten des Völkerbundsrates gemachten Vorschläge nicht mit der japanischen Politik in Widerspruch ständen. Die japanischen Vertreter in Genf sind von der Entscheidung der japanischen Regierung unterrichtet worden.

Russische Truppenansammlungen bei Wladiwostok?

Im japanischen Außenministerium ist ein Bericht des japanischen Konsuls in Wladiwostok eingelaufen, daß zwei russische Armeekorps in der Nähe von Wladiwostok zusammengezogen worden seien. Weitere 100 000 Mann sollen im Ussuri-Gebiet an der mandschurischen Grenze bereitstehen.

Auslands-Rundschau.

Wichtige deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

In Paris finden zurzeit wichtige deutsch-französische Handelsverhandlungen statt. Aus Berlin sind als Vertreter der deutschen Regierung die Herren Weymann, Dr. Ebener und Ruelberg eingetroffen und haben die Besprechungen mit einem französischen Ausschuß im Handelsministerium aufgenommen. Der „Ami du Peuple" bringt diese Besprechungen mit dem Verbot der französischen Gemüseeinfuhr nach Deutschland in Zusammenhang und bezeichnet dieses Verbot als eine Zwangsmaßnahme gegen das französische Kontingentsystem.

Deutsche Tagesschau.

100 000 Siedler im Jahre 1931.

Nach Mitteilungen des preußischen Siedlungskommissars, Ministerialdirektor Dr. Bollert vom Landwirtschaftsministerium, ist es im Jahre 1931 gelungen, 100 000 Menschen durch Ansiedlung Arbeit und Brot zu geben und sie krisenfest zu machen. Rund 500 000 Morgen an deutschem Boden wurden den Siedlern im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt.

Handel und Gewerbe für Bier- und Lichtstreik.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden teilt u. a. mit: Eine vom Bund der Handel- und Gewerbetreibenden E. V. und seinen 21 angeschlossenen Verbänden einberufene Abgeordnetenversammlung in Berlin hat einstimmig beschlossen, die Mitglieder des Bundes, die Flaschenbier feilhalten, anzuweisen, bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit den Verkauf von Flaschenbier einzustellen. Ferner wurde einmütig beschlossen, in den Lichtstreik einzutreten.

Die Berliner Bäckermeister bei Dr. Goerdeler.

Der Gesamtvorstand des Zweckverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins trat am Montagnachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der das von Goerdeler erlassene Verbot einer Brotpreiserhöhung und die darüber stattgefundenen Verhandlungen beim Preiskommissar besprochen wurden, die, wie verlautet, ergebnislos verlaufen sind. Es wurde beschlossen, die für Mittwoch vorgesehene große Protestkundgebung der Bäckermeister stattfinden zu lassen. Weitere Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

ILSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchart

71. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ja. Sehen Sie, die Alte regt sich; wollen Sie sie nicht begrüßen?"

Graf Konrad warf einen Blick auf Mariankas Bett. „Sie wird mich heute kaum erkennen. Kommen Sie, Fräulein Römer, wir wollen den Heimweg anfreien. Die Enkelin wird wohl bald kommen und ihr Gesellschaft leisten."

Er öffnete die Tür, um Ilse hinaus zu lassen. Da klang vom Bett her Mariankas Stimme. Es war, als wenn sie zu sich selbst spräche, und doch klang es wie ein Nachrufen für die Gehenden:

„Sie hat den Geist von Tworrau gesehen — sie muß ihn lieben — denn sie ist eine Limar!"

Beide zögerten unwillkürlich an der Schwelle und lauschten.

„Sie träumt die alte Geschichte — doch —"

Konrad wandte sich erschrocken Ilse zu, die kreidebleich am Türpfosten lehnte. „Was ist Ihnen, Fräulein Römer? Sie sehen so bleich aus — oder macht es nur der fahle Dämmerschein?"

„Ja, jedenfalls", versuchte Ilse lächelnd zu erwidern und trat schnell zur Tür hinaus. Graf Konrad folgte ihr und schloß die Tür sorgfältig hinter sich.

Ein heftiger Sturm schlug ihnen entgegen, sodaß Ilse fröstelnd ihr Cape fester zog. Dunkle Wolken jagten am Horizont und ballten sich zu Massen zusammen; es war unwirtlich und trübe.

Bis zum Schloß war eine gute halbe Stunde zu gehen, und trotz des Sturmes, der ihnen entgegenblies, schritt Ilse schnell und hastig aus. Ihr ganzer Körper kämpfte gegen die Gewalt der entfesselten Elemente, sie stemmte sich dagegen mit Riesenkraft. Endlich erlahmte ihre Kraft, und schwer atmend blieb sie stehen.

Graf Konrad, der schon eine Weile ihr seltsames Vorwärtshasten beobachtet hatte, aber gleichwohl an ihrer Seite geblieben war, lächelte jetzt. „Hat man endlich eingesehen, daß ein Kämpfen gegen die Gewalt der Natur vergebens ist?" Als Ilse stumm blieb und nach Atem rang, sprach er weiter:

„Wenn Sie Ihren Wettlauf mit dem Sturm noch lange fortgesetzt hätten, würde ich Ihnen kaum noch haben folgen können. Was treibt Sie denn so sehr? Werden Sie im Schloß erwartet?"

„Nein", entrang es sich schwer ihrer keuchen Brust.

„Nun, warum denn sonst?" Er trat etwas näher zu ihr heran und beugte sich ein wenig herab: „Fürchten Sie sich etwa — vor mir?"

Es sollte ein Scherz sein, und doch ging er Ilse durch und durch. „Ja, ich fürchte mich", hätte sie rufen mögen und brachte nur ein kurzes Auflachen heraus.

Unterdes war das Unwetter, ohne daß sie es gemerkt hatten, näher gekommen. Einzelne Regentropfen fielen herab; sie wurden immer dichter und stärker. Ein heftiger Windstoß jagte daher, hob Ilses Cape in die Höhe und setzte sie dadurch der Kälte und dem Regen aus. Jetzt erst bemerkte Graf Konrad, wie leicht sie gekleidet war, und was nun folgte, war das Werk eines Augenblicks. Gewandt und schnell, wie man es dem unbeholfenen Gelehrten nimmer zugetraut hätte, knöpfte er den Kragen von seinem Mantel und legte ihn um Ilses Schultern. Dadurch hielt er die ganz Widerstandslose eine Sekunde in den Armen: „Mit meinem Mantel vor dem Sturm beschütz' ich dich", flüsterte er leise und ließ sie darauf frei.

Ilse antwortete nicht. Wie ein Fieber, ein Rausch war es über sie gekommen. Wie im Traum ging sie an seiner Seite langsam weiter. Sie zog seinen Kragen fest um sich und legte ihren Kopf zuweilen wie liebkosend an den Stoff, als wenn er ein Mensch von Fleisch und Leben wäre.

„Ilse!"

Was war das? Wer weckte die Nachtwandlerin so jäh aus ihrem Traum?

„Ilse", wiederholte Graf Konrad, „warum sind Sie heute so schweigsam? — Lassen Sie mich an Ihrem Kummer teilnehmen — mein Herzblut gäbe ich darum, könnte ich damit alles Leid von Ihnen fernhalten — Warum antworten Sie mir nicht, Ilse?"

Er haschte nach ihrer Hand und zwang sie dadurch zum Stillstehen.

Sie entzog ihm die Hand nicht. Wie unter einem rätselhaften Bann blieb sie stehen. Sie war nicht mehr sie selbst und gehörte nicht mehr sich selbst.

„Ich fühle keinen Kummer in diesem Augenblick." Leise zitternd und doch so voll von namenloser Seligkeit kam es halb träumend über ihre Lippen.

„Ilse, Ilse!" schrie er auf. „Wie soll ich das verstehen, wie deuten?"

Er zog sie an sich, und wie betäubt sank ihr Kopf an seine Schulter. Da packte es den Mann mit jäher Leidenschaft: er schlang seine Arme um die schlanke Gestalt und preßte sie an sich. — Da — ein furchtbarer, verzweifelter Aufschrei — ein einziger Ruck — Ilse hatte sich losgerissen und stürmte nun, gehetzt wie ein edles Wild, des Regens und Sturmes nicht achtend, davon in rasendem Lauf.

Ihre Brust keuchte, ihr Atem flog. Was tat's? Nur fort, fort, fliehen vor dem Geist von Tworrau, der sich an ihre Fersen heftete und sie zu erhaschen suchte.

„Du bist mir verfallen. Deine Flucht nützt dir nichts, du törichtes Kind!"

Sie meinte, es riefe jemand hinter ihr, und dennoch war es nur ihre eigene innere Stimme.

Graf Konrad stand noch immer auf demselben Fleck und starrte der Fliehenden wie versteinert nach. Dann bückte er sich und hob den Kragen auf, der Ilse von der Schulter abgeglitten war. Er war naß und unsauber geworden, trotzdem drückte der einsame Mann ihn an sich, wie etwas Heiliges.

Was bedeutete ihre Flucht, ihre Angst, ihr ganzes sonderbare Wesen heute? Hatte er sie mit seiner Werbung erschreckt, war sie seiner Umarmung aus Keuschheit entschlüpft?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320303-10/fragment/page=0002

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 2. März 1932

März.

Der März bringt den Uebergang in den Frühling. Es ist ein kriegerischer Name, der Marzius, hängt er doch mit Mars zusammen, dem alt-römischen Kampfgott, dem dieser Monat, der erste bei den alten Römern, besonders geweiht und heilig war. Wir ersehnen den März, weil er uns den Frühlingsanfang bringt und weil er trotz aller Rückfälle in den Winter den Sieg über Schnee und Eis erringt. Schon das Bauernsprichwort sagt: „Märzenschnee tut Saaten weh, Märzenstaub, bringt Heu und Laub." Damit ist treffend gesagt, daß der März die große Veränderung in der Natur einleiten muß. Ein trockener März, rauh und stürmisch, ist, wie schon gesagt, eine Jahreszeit nach des Landwirts Wunsch. Kälte und Trockenheit und scharfen Wind braucht der Acker, um später den Aprilregen und die Maiensonne besser verdauen zu können. Ganz allgemein gilt Regen, namentlich der warme Frühlingsregen, wenn er vorzeitig im März eintritt, als ein böses Zeichen, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß immer das dicke Ende nachkommt. Deshalb heißt es auch in den Bauernregeln: „Auf Märzenregen folgt kein Sommersegen." Oder: „Ist's im Märzen feucht, wird's Brot im Sommer leicht." Am allerwenigsten ist eine allzu frühzeitige Lenzeswärme erwünscht. „Gewitter im März brechen dem Landmann das Herz." Dagegen „Märzenwinde, Aprilregen, bringen im Mai einen großen Segen." Einzelne Tage sollen von besonderer Bedeutung für den Landmann sein. Wie das Wetter am 9. März „auf 40 Ritter" ist, so bleibt es 40 Tage lang. Am 17. März, Gertrudis, beginnt die Gartenarbeit. In einem alten Kalender liest man: „Es führt Sankt Gertrud die Kuh zum Kraut, die Biene zum Flug und die Pferde zum Zug." Am 27. März heißt es: „Ist an Rupprecht der Himmel rein, so wird er's auch im Juli sein."

* Von einem **Betrüger** wurde eine hiesige Tankstelle aufgesucht und um 5 Liter Benzin geschädigt. Der Betrüger blieb in einiger Entfernung mit seinem Wagen stehen und holte mit einer richtigen Benzinkanne 5 Liter Benzin um bis zur Tankstelle fahren zu können. Hier aber hielt er nun nicht wieder an, sondern fuhr mit unbeleuchteter Nummer vorbei. Allen Tankstellen-Inhabern sei daher größte Vorsicht empfohlen.

Wittenberg, 29. Febr. Einen Juwelierladen erbrochen haben in der vergangenen Nacht unbekannte Täter in der Collegienstraße. Es handelt sich um das Uhrmarengeschäft von August Gräfe. Die Einbrecher — man nimmt an, daß es mehrere waren — sind von der Mittelstraße aus in das Grundstück eingedrungen und haben ein Stück aus dem Schutzgitter herausgeschnitten. Ohne daß sie gehört wurden, nahmen sie für mehrere tausend Reichsmark Goldwaren, Herren- und Damenuhren usw. mit und verschwanden unerkannt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Wittenberg. Der Konsum-Verein für Wittenberg und Umgegend hat am 29. Februar seine Zahlungen eingestellt und beim Amtsgericht den Antrag auf Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens gestellt. Der Verein, dem 4800 Mitglieder angehören, gibt an, daß die Schwierigkeiten hauptsächlich durch die Zurückziehung von 300000.— Rm. Spareinlagen entstanden seien, wodurch sich der Einlagebestand von 425000,— Rm. auf 125000,— Rm. ermäßigte. Die Warenversorgung soll bis auf weiteres auf der Grundlage einer Interessengemeinschaft der Lieferantengläubiger durchgeführt werden. Die Angabe einer Vergleichsquote kann noch nicht erfolgen, da noch an der Vermögensübersicht gearbeitet wird.

Düben. (Versuchter Raubüberfall?) Am Sonnabend gegen 21 Uhr wurde der Fuhrhalter Paul Müller auf der Leipziger Landstraße im Wäldchen am Roten Haus von einem Manne mit übergehängtem Jagdgewehr, der einem vorüberfahrenden Auto entstiegen war, aufgefordert, seine Peitsche fortzuwerfen. Nachdem er diesem Verlangen nachgekommen war, entfernte sich der Fremde mit dem Auto, in dem sich ein weiterer Insasse befand. Vermutlich haben die beiden einen Raubüberfall geplant, ihre Absicht aber aufgegeben, als sie sich von der Zwecklosigkeit überzeugt hatten.

(Die brennenden Brote). Eine unangenehme Ueberraschung erlebte am Sonnabend nachmittag ein auswärtiger Bäcker. Er hatte die Brote in seinem Kastenwagen zum Schutz gegen Kälte mit Wärmsteinen umpackt und in Säcke gewickelt. Auf der Durchwehnaer Straße entdeckte er, von einem Radfahrer auf Feuer im Wagen aufmerksam gemacht, daß die Verpackung sich entzündet hatte. Als er sie herausnahm, brannten die Brote lichterloh und mußten auf die Straße geworfen werden. Bei den Löschversuchen versengte er sich Hosen und Schuhe.

Eisenhammer. Der altbekannte Ausflugsort Eisenhammer wird am 23. März 1932, vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle zum 1. April, spätestens 1. Mai d. Js gegen öffentliches Meistgebot verpachtet. Bedingungen liegen vom 10. März ab in der Preußischen Staatsoberförsterei Tornau aus, Uebersendung gegen 1 Mk.

Halle. Eine Gegenerklärung der hallischen Studentenschaft nimmt Stellung zu dem kürzlich veröffentlichten Aufruf der Altakademiker. Die hallischen Studenten, so heißt es in der Erklärung, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die hallische Universität das Recht verwirkt hat, eine Hochburg der nationalen Bewegung zu sein und stolze Traditionen fortzuführen, solange ein Dehn in ihr lehrt und solange nicht ein gesunder nationaler Geist in ihr eingezogen ist.

Vor dem Bierstreik

in ganz Mitteldeutschland?

Nachdem sich die Reichsregierung bereiterklärt hatte, die Biersteuer wesentlich zu senken, hatte der Provinzialverband Sachsen im Deutschen Gastwirteverband einen Streik für nicht mehr angebracht gehalten, zumal befürchtet wurde, daß die Sache ins politische Fahrwasser geleitet werden würde, um eventuell die Gaststätten zum Tummelplatz politischer Auseinandersetzungen zu benutzen.

Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers vom Sonnabend, die seitens des Gastwirtsgewerbes als eine Herausforderung betrachtet werden, ist es, wie uns aus Halle mitgeteilt wird, wahrscheinlich, daß nunmehr sich der Bierstreik über die Provinz Sachsen und in diesem Zusammenhang über das ganze Reich verbreitet.

Für gestern waren Verhandlungen zwischen den Provinzialverbänden und Landesverbänden Sachsen, Anhalt, Freistaat Sachsen, Hannover angesagt, in denen die zu unternehmenden Schritte geklärt werden sollen.

Der Dessauer Gastwirteverein beschloß mit dem Oberbürgermeister wegen Herabsetzung der Steuern zu verhandeln. Ein Ausschuß wird ferner mit den Fraktionen des Landtages und dem Staatsministerium verhandeln, um eine Steuerermäßigung durchzusetzen. Führen diese Verhandlungen nicht zum Ziele, dann dürfte der Bierstreik in Anhalt durch den Landesverband der Gastwirtevereine erklärt werden. Von seinem Erfolg ist der Landesverbandsvorstand überzeugt.

Halle. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten hat kürzlich eine Zählung der am 1. Februar 1932 leerstehenden Neubauwohnungen, soweit sie nach dem 1. Juli 1918 mit öffentlichen Mitteln gefördert worden sind, stattgefunden. Es ergab sich für Halle, daß die Zahl der seit 1918 mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen 8 670, d. s. 28 Prozent, vom Wohnungsbestand am 31. Mai 1918 beträgt. Von diesen 8 670 Wohnungen standen insgesamt 39 leer, das sind 0,45 Prozent der erstellten Neubauwohnungen. Im einzelnen ergibt sich, daß städtische Neubauwohnungen (Gesamtzahl 1082) überhaupt nicht leerstanden.

Von den 6347 Wohnungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen standen 0,45 Prozent leer und von den 1241 Wohnungen der privaten Bauherren 0,81 Prozent.

Einführung des Bürgermeisters Alfred Gerber

Am Montag, den 29. Februar 1932, versammelten sich Stadtverordnete und Magistrat zu einer öffentlichen Sitzung, deren einziger Punkt die Einführung des neugewählten Bürgermeisters war, der nach nunmehr fast 9½ Monaten bürgermeisterloser Zeit die Führung der Stadtgeschäfte übernimmt. Es ist ein bedeutungsvoller Abschnitt für die Entwicklung unseres Städtchens und mit uns wird auch die gesamte Bürgerschaft nur den einen Wunsch hegen: Möge über der Amtszeit des neuen Bürgermeisters ein guter Stern walten, möge es ihm vergönnt sein, Kemberg weiter aufwärts und vorwärts zu führen. Wir aber wollen an dieser Stelle noch einmal dem Bürgermeister zurufen: „Herzlich willkommen in Kembergs Mauern".

Zur Einführung hatten sich im Sitzungssaal sämtliche Stadtverordnete und Magistratsmitglieder versammelt. Die Einführung des Bürgermeisters nahm Regierungsassessor Dr. Ihnen als Vertreter des verstorbenen Landrats von Trebra vor. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Stv.-V. machte Reg.-Ass. Dr. Ihnen zunächst den neugewählten Bürgermeister auf die Bestimmungen der Reichs- und preußischen Verfassung aufmerksam, auf die Bürgermeister Gerber in der vorgeschriebenen Weise vereidigt wurde. Hierauf nahm Reg.-Ass. Dr. Ihnen die Einweisung in das Amt mit folgenden Worten vor:

Der Auftrag des Herrn Regierungspräsidenten, als sein Kommissar die Einführung des Herrn Bürgermeisters vorzunehmen, ist dem Landratsamt an dem Tage zugegangen, an dem Herr Landrat von Trebra die Augen zur letzten Ruhe schloß. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, diesen Auftrag auszuführen. Bei den engen Beziehungen zwischen der Stadt Kemberg und dem Landkreis Wittenberg p'anke ich, meine Herren auch in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich, bevor ich mich meines Auftrages entledige, auch von dieser Stelle aus des Verstorbenen mit einigen Worten gedenke. Die meisten von Ihnen werden aus eigener Kenntnis sein erfolgreiches Wirken für den Kreis, und damit letzten Endes auch für Ihre Stadt, verfolgt und ihn oft in Kemberg's Mauern gesehen haben. Sie werden daher auch mit mir und dem Kreisausschuß den Verlust ermessen, der den Kreis durch seinen Tod betroffen hat.

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Sitzen erhoben.

Meine Herren. Nach längerer Zwischenpause hat ihre Stadt nun wieder ein Oberhaupt. Ich hoffe, daß ihm die städtischen Körperschaften, aus deren Wahl er hervorgegangen ist, nun auch durch vertrauensvolle Mitarbeit die Möglichkeit geben werden, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Auf 12 Jahre sind nun Magistrat, Stadtverordnete und Bürgermeister aufeinander angewiesen, und am Ende dieser 12 Jahre steht das Ziel der Wiederwahl, das zu erreichen die feste Absicht und der Leitstern für einen jeden von Ihnen sein muß.

Meine Herren. Es ist zumal in der heutigen Zeit ein schweres Beginnen, an leitender Stelle es einem jeden recht zu machen; das war ja schon immer so. Ich brauche Sie da nicht erst an das Goethe-Wort aus dem „Faust" vom neuen Bürgermeister zu erinnern. Aber wenn der gute Wille vorhanden ist auf allen Seiten, dann findet sich auch der Weg. An Ihnen ist es zunächst, Ihrem Bürgermeister, wenn er im Sattel sitz, auch die Gelegenheit zum Reiten zu geben. Ich meine damit, daß Sie nicht hemmend und verneinend ihm zur Seite sitzen, sondern aus Ihrer Kenntnis der Bevölkerung, die Sie vertreten, und der Belange der Stadt heraus ihn nach Kräften unterstützen sollen, bis er selbst jeden Einzelnen und seine Wünsche und Nöte kennt. Dann ergibt sich von selbst das schöne Zusammenspiel der 3 Faktoren, die die Stein'sche Städteordnung in der Magistratsverfassung zur Form der städtischen Selbstverwaltung geschaffen hat.

Ihnen, lieber Bürgermeister, überbringe ich zunächst die besten Wünsche der Kreisverwaltung zur Übernahme Ihres neuen, ebenso schönen wie verantwortungsvollen Amtes. Wenn Sie auch in Sachen der Dienstaufsicht in erster Linie mit der Regierung direkt zu verhandeln haben, so gibt es doch im Landkreise engste Beziehungen zwischen den Städten und Kreis, und ich hoffe, daß Sie von der gern gebotenen Gelegenheit häufig Gebrauch machen werden, sich beim Kreise Rat und Hilfe zu holen. Sie stehen lange genug im öffentlichen Leben, um zu wissen, wie die Aufgaben der Selbstverwaltung von Jahr zu Jahr gewachsen sind, und Sie werden daraus ermessen können, daß eine einheitliche Richtschnur bestehen muß, nach der gehandelt wird. Diese Einheitlichkeit ist hier im Kreise erfreulicherweise vorhanden, und Sie werden sich in Kürze selbst davon überzeugt haben, daß diese besondere Art eines Lastenausgleichs sich bewährt.

Ich will es mir versagen, alle die Aufgaben aufzuzählen, die Ihrer in einem Landstädtchen wie Kemberg warten. Gottlob kann man von den Finanzen der Stadt sagen, daß sie wohlgeordnet sind. Ihre Sorge wird es daher vornehmlich sein, sie so zu erhalten. Auf einen Punkt indessen lassen sie mich zum Schluß noch eingehen, dem die ganze Fürsorge eines jeden an verantwortlicher Stelle Stehenden heute gelten muß: die Sorge für die schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise. Sie wissen, Herr Bürgermeister, was ich damit meine. Gemeinsam mit dem Kreise werden auch Sie mit Ihren hiesigen Beratern alle Wege erschließen müssen, um hier im Rahmen der verfügbaren Mittel jede erdenkliche Hilfe zu bringen. Es kommt aber hier nicht allein auf das „was", sondern auch auf das „wie" der Hilfe an. Ich hoffe, daß es Ihnen besonders auf diesem Gebiete gelingen wird, rasch das Vertrauen der Ihnen anvertrauten Bevölkerung zu erlangen.

Und so wünsche ich denn Ihnen allen, meine Herren, daß die Tätigkeit Ihres neuen Stadtoberhauptes sich unter Ihrer tatkräftigen Mitarbeit zu einer segensreichen für die ganze Stadt gestalten wird und daß nach 12 Jahren kein anderer für dieses Amt in Frage kommt als der, der es heute übernimmt.

In diesem Sinne und mit diesem Wunsche übergebe ich Ihnen, Herr Gerber, nunmehr die Befugnisse als Bürgermeister der Stadt Kemberg.

Beigeordneter Kolbe hieß dann Bürgermeister Gerber im Namen des Magistrats willkommen. Der heutige Tag ist ein Ereignis von größter Bedeutung für unsere Stadt. Es ist eine Zeit, die überall nach starken Charakteren sucht, die das Schifflein der Gemeinden durch alle Wirrnisse sicher geleitet. Wir haben die Hoffnung, daß Bürgermeister Gerber mit dem besten Willen zu uns kommt, seine ganze Kraft für Kemberg einzusetzen. Wir aber kommen ihm mit aller Achtung und Ehrerbietung entgegen und wollen mit ihm zusammenarbeiten. Möge Glück und Segen auf dem Werk des Bürgermeisters ruhen.

Im Namen der Stadtverordneten-Versammlung hieß Stv.-V. Ludley nunmehr den neuen Bürgermeister willkommen. Er sprach den Wunsch aus, daß es Bürgermeister Gerber gelingen möge, das in ihm gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Seine Amtsführung möge im gute Einvernehmen mit den vorgesetzten Behörden, sowie den städtischen Körperschaften und seinen Beamten erfolgen. Möge in der ganzen Amtszeit der Leitspruch, der über dem Rathauseingang steht: „Holder Friede, süße Eintracht, weilet, weilet freundlich über dieser Stadt", Richtschnur seines Handelns sein zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger.

Nach diesen Begrüßungen nahm Bürgermeister Gerber das Wort zu folgender Ansprache:

Sehr geehrter Herr Reg.-Assessor und Herr Stadtverordneten-Vorsteher! Sehr geehrte Herren Magistratsmitglieder und Herren Stadtverordnete!

Vorerst danke ich ergebenst für die an mich gerichteten freundlichen Worte der Begrüßung, die ich gern erwidere. Es freut mich, heute vor Ihnen stehen zu dürfen als einer der Ihren, von nun an gemeinsam mit Ihnen für das Wohl der Stadt Kemberg arbeiten zu dürfen.

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, auch an dieser Stelle den Herren Stadtverordneten, die mir am 11. 11. 31 ihre Stimme gaben, für das mir bekundete Vertrauen zu danken. Es wird stets mein ernstes Bestreben sein, mich dieses Vertrauens würdig zu zeigen. Ich hoffe jedoch weiter, daß es mir gelingen wird, durch meine Arbeit im Laufe der Zeit auch das Vertrauen der Herren Stadtverordneten zu erwerben, die mir seinerzeit ihre Stimme noch nicht geben zu sollen glaubten.

Der heutige Tag ist für mich ein Tag der Freude, da ich nun einen neuen Wirkungskreis erhalte, in dem ich meine Kräfte entfalten und meine Fähigkeiten entwickeln darf. Aber ich bin mir durchaus dessen bewußt, daß gerade in der heutigen Zeit mit der Würde die Bürde eng verknüpft ist.

Die schwere Wirtschafts- und Finanzkrisis, die heute auf unserem armen Vaterlande lastet, wirkt sich auch auf die Gemeinden immer schwerer aus. Es ist ihre Pflicht, auch für die zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verurteilten Bürger nach Kräften zu sorgen. Aber die zur Deckung der Fürsorgeausgaben erforderlichen Mittel fließen immer spärlicher, da sich das Einkommen der noch wirtschaftlich Tätigen unaufhaltsam verringert und zugleich damit der Ertrag der Steuern und sonstigen Einnahmen der Gemeinden sinkt.

Es gibt nur einen Weg, die Not der Zeit zu überwinden: Das feste, unerschütterliche Zusammenstehen aller von ihr Betroffenen. Darum sehe ich es als eine Selbstverständlichkeit an, daß gerade für die heutige Zeit es nur ein Hand-in-Hand-arbeiten geben darf zwischen Bürgerschaft-Stadtverordneten-Magistrat und Bürgermeister. Ich werde mich nachdrücklichst bemühen, etwa vorhandene oder auftretende Gegensätze auszugleichen.

Ich komme zu Ihnen aus der gewiß nicht erfreulichen, aber recht lehrreichen Schule der Politik. Ich habe mit offenen Augen und Ohren im Getriebe der Politik gestanden und mit allen Richtungen Fühlung gehabt. Dabei habe ich in allen Parteien Fehler und Schwächen neben einem guten Kern gefunden. Ich glaube deshalb, gerade durch meine Kenntnis der Parteipolitik eine der wesentlichsten Voraussetzungen für mein neues Amt — die Unparteilichkeit gelernt zu haben. Ich will deshalb gern allen berechtigten Wünschen, von welcher Seite sie kommen mögen, Gehör schenken und der gesamten Bürgerschaft von Kemberg in allen ihren Richtungen dienen.

Ich hoffe Sie damit einverstanden, wenn ich an dieser Stelle von der Entwicklung eines allgemeinen kommunalpolitischen Programms absehe, zumal ich ja gelegentlich meiner Bewerbungsrede Ihnen mein Programm in großen Zügen bereits entwickeln durfte. Speziell für Kemberg dürfte ein kommunales Programm auch heute kaum am Platze sein, da Kemberg in Bezug auf sein Vermögen, die Höhe seiner örtlichen Steuern, die Ordnung seiner Finanzen an einer der ersten Stellen unter den preußischen Städten steht, sodaß es meine Hauptaufgabe sein dürfte, die gesunde, finanzielle Grundlage der Stadt trotz der jetzigen Wirtschaftsnot für die Zukunft zu erhalten.

Es spricht viel für das Ansehen der Stadt Kemberg und ihrer Verwaltung, daß die vorgesetzten Behörden keinen Anlaß zum Eingreifen fanden, als die Stadt jetzt 9½ Monate lang ohne Bürgermeister war. Ich spreche auch meinerseits gern Herrn Beigeordneten Kolbe den Dank für die von ihm in dieser Zeit geleistete vorbildliche Arbeit aus und richte die Bitte an ihn, mich nach der Übernahme der Geschäfte durch mich bei meiner Einarbeitung mit seinem bewährten Rat zu unterstützen.

Ich reiche in der heutigen Stunde allen denen, die berufen sind, für die Stadt Kemberg zu arbeiten, sei es als Mitglieder des Magistrats, als Stadtverordnete oder als Beamte und Angestellte die Hand zu gemeinsamem Schaffen und Wirken. Möge es uns gelingen, die Stadt durch die trübe Gegenwart und eine dunkle Zukunft glücklich hindurchzuführen zu einer Zeit, da die graue Not überwunden ist und ein freundlicheres Geschick unserem gequälten Vaterlande wieder lächelt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320303-10/fragment/page=0003

Arbeitseinschränkung in der Eilenburger Möbelindustrie.

Eilenburg. Der größte noch arbeitende Betrieb in Eilenburg, die Möbelfabrik Fleischer, hat, da der Auftragseingang stark nachgelassen hat und die Lager gefüllt sind, vom 29. Februar ab die Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche beschränkt. Vorsorglich ist ein Antrag auf völlige Stillegung gestellt worden.

3¾ Millionen Staatsgelder für Mansfeld-Subvention.

Mansfeld. Im Haushalt der Bergverwaltung des preußischen Etats werden, wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, als Anteil Preußens für die gemeinsam mit dem Reich zu gewährende Staatsbeihilfe an den Mansfelder Kupfererz-Bergbau 3 750 000 Mark bewilligt. Ursprünglich enthielt der Etat einen Betrag von 4 440 000 Mark für diesen Zweck. Der Minderbetrag wird mit der Herabsetzung der Löhne durch Schiedsspruch begründet.

Polizeirazzia im Erfurter KPD.-Haus.

Erfurt. Dieser Tage nahm die Kriminalpolizei wieder eine Durchsuchung der Räume des „Thüringer Volksblatt" in der Leipziger Straße 12 vor. Wie die Polizei mitteilt, wurden etwa 500 Broschüren verbotenen Inhalts, rund 3000 Exemplare der kommunistischen Wahlzeitung „Rote Signale" und 100 000 gummierte Klebezettel beschlagnahmt.

Berliner Geldschrankknacker in Nordhausen.

Nordhausen. In der Nacht zum Montag wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl in das Einheitspreisgeschäft „Wöhlwert" verübt. Die Täter — anscheinend Berliner Geldschrankknacker — drangen von der Straße gewaltsam in den Laden, „knabberten" dort einen Geldschrank auf, raubten 4000 Mark und entkamen unerkannt.

Gegen Umsatzsteuer und Arzneimittelgesetz.

Dresden. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem erklärt wird, daß die Notverordnungen des Kabinetts Brüning nicht in der Lage seien, die Sicherung von Wirtschaft und Finanzen zu gewährleisten. Der Antrag richtet sich insbesondere gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, deren Streichung von der Reichsregierung verlangt wird.

Ein von der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei eingebrachter Antrag richtet sich gegen den von der Reichsregierung vorgelegten neuen Entwurf eines Arzneimittelgesetzes, der im Falle seiner Inkraftsetzung schwere Nachteile für die in Frage kommenden Wirtschaftsgruppen mit sich bringen würde. Die Staatsregierung wird ersucht, gegen den Gesetzentwurf im Interesse der sächsischen Wirtschaft Stellung zu nehmen.

Austritt aus der SPD.

Dresden. Der zweite Bürgermeister von Dresden, Dr. Bühner, der bisher der SPD. angehörte, ist aus dieser Partei ausgetreten. Als Gründe für diesen Schritt führt er an, daß die SPD. im Reich das Kabinett Brüning und dessen Notverordnungspolitik unterstütze, während dieselbe Partei in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung Anträge stelle, die sich gegen die Auswirkungen dieser Politik, die von der SPD. im Reiche geduldet werde, wenden.

Es sei ihm nichts anderes übrig geblieben, als hieraus die für ihn zwangsläufigen Konsequenzen zu ziehen, da er durch sein Amt gezwungen sei, die Notverordnungen des Reichs durchzuführen.

Leipzig. Unter Zurückweisung der Revision gegen die vom Kammergericht am 16. März vorigen Jahres gefällte Entscheidung hat das Reichsgericht endgültig die Nichtigkeitsklage der Verwandten Loeskes abgewiesen.

Der im Oktober 1929 verstorbene Juwelier, Kunsthändler und Großkaufmann Robert Loeske hatte, wie erinnerlich, ein Vermögen von etwa 30 Millionen Mark hinterlassen und hatte unter Enterbung seiner Verwandten, mit denen er sich verfeindet hatte, als Haupterben seinen Sozius J. Oppenheimer, dessen Ehefrau, und seine langjährige Lebensgefährtin Frau Rosa Blaustein eingesetzt. Dieses Testament war von einer Gruppe armer Verwandter Loeskes angefochten worden.

Kraftwagenunfall Duesterbergs. Als Oberstleutnant a. D. Duesterberg mit zwei Begleitern im Kraftwagen mit hoher Geschwindigkeit die Eilenriede entlang zur Stadthalle in Hannover fuhr, löste sich plötzlich das linke Vorderrad des Wagens vollkommen ab. Der Kraftwagen senkte sich zur Seite und lief auf der Nabe weiter, hin und herschleudernd und sich umdrehend, bis er zum Stillstand gebracht werden konnte. Es ist kaum erklärlich, daß der Wagen nicht umgeschlagen ist. Duesterberg und seine Begleiter blieben unverletzt.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märkischer 244—246 (am 29. 2.: 244—246). Roggen Märkischer 193—195 (193—195). Braugerste 178 bis 185 (178—185). Futter- und Industriegerste 167—173 (167—172). Hafer Märkischer 149—156 (148—155). Weizenmehl 31,25—34,75 (31,25—34,50). Roggenmehl 27,40—28,50 (27,90—28,50). Weizenkleie 10,25—10,50 (10,25—10,50). Roggenkleie 9,85—10,25 (9,85—10,25). Viktoriaerbsen 20—27 (20—27). Kleine Speiseerbsen 21 bis 23,50 (21—23,50). Futtererbsen 15—17 (15—17). Peluschken 16,50—18,50 (16,50—18,50). Ackerbohnen 15 bis 17 (15—17). Wicken 16—19,50 (16—19,50). Lupinen blaue 11—12 (11—12), gelbe 15—17 (15—16,50). Serradella neue 32—36 (30—36). Leinkuchen 12,20—12,40 (12,20—12,40). Erdnußkuchen 50 Prozent ab Hamburg 12,60 (12,60). Erdnußkuchenmehl ab Hamburg 12,40 bis 12,50 (12,40—12,50). Trockenschnitzel 8,20 (8,20). Sojabohnenschrot 11,20—12,40 (11,20—12,40). Kartoffelflocken 15,10—15,60 (14,80—15,10).

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 29. Februar.

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

	Klasse	heute	vorher		Klasse	heute	vorher
Ochsen	1	33—36	—	Kälber	1	—	—
	2	28—32	—		2	38—42	37—40
	3	24—27	—		3	34—37	33—36
	4	—	—		4	30—33	28—32
	5	—	—		5	26—29	24—27
Bullen	1	28—30	—	Schafe	1	34—37	—
	2	24—27	23—25		2	38—40	—
	3	21—23	21—22		3	30—33	—
	4	—	—		4	—	—
Kühe	1	28—31	—		5	—	—
	2	25—27	—	Schweine	1	42—46	44
	3	22—24	16—20		2	42—43	43—44
	4	16—21	—		3	41—42	42—43
	5	—	—		4	40—41	40—41
Färsen	1	32—35	—		5	38—39	—
	2	27—31	—		6	36—37	—
					7	34—42	—

Kirchliche Nachrichten.

Kemberg.

Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr **Bibelstunde im Archidiakonat.** Pfarrer Langbein.

Handarbeiten
in reichhaltiger Auswahl
sowie sämtliche
Stickereimaterialien - Handarbeitswollen
Handarbeitsalben - Modenzeitungen - Abplättmuster
erhältlich bei
Richard Arnold - Kemberg - Markt 3

Tonfilm-Bühne
Schützenhaus Kemberg
Sonnabend abend halb 9 Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr u. abends halb 9 Uhr
Die große Tonfilm-Operette
Viktoria und ihr Husar
10 wundervolle Akte mit Musik und Tanz
Hierzu das tönende Beiprogramm
Rund um die Wartburg und **Da biegen sich die Balken**
1. Platz 1,— M., 2. Platz 80 Pfennig, 3. Platz 60 Pfennig

Prima junges fettes
Rindfleisch
fr. Leber u. Flecke
prima Würstchen
empfiehlt **Louis Richter**

Prima junges fettes
Rindfleisch und frische Flecke
empfiehlt **Ernst Bachmann**

TORPEDO
Herren- und Damen-
Motor-Fahrräder
mit Zweitakt-Sachs-Motor
— Steuer- und Führerscheinfrei —
Gewicht ca. 33 kg
Torpedo-Fahrräder und -Schreibmaschinen
Weilwerke A.-G.
Frankfurt a. M.
Rödelheim

Aktentaschen
Einkaufsbeutel
empfiehlt in allen Preislagen
Richard Arnold

Morgen Donnerstag von ½2 Uhr ab frische
Schaum-, Fasten-, Mohn- und Kümmel-Brezeln
O. Herrmann, Bäckerei

Morgen Donnerstag ab ½2 Uhr frische
Fasten-Brezeln
Ernst Berndt

Morgen Donnerstag
Die letzten
Fasten-Brezeln
Ferner täglich
Gesundheitsvollbrot
„Makura"
Bäckerei Matthetz

Schlachte
ein Rind
und verkaufe von **Sonnabend** früh 8 Uhr ab
Rindfleisch zum Kochen
40 und 50 Pfennig
Schmorfleisch 70 Pfennig
Reinh. Hennig, Gaditz

Veterinär-Vieh-Tran
in Flaschen und ausgewogen Ltr. 1,50
bestes Mittel gegen Lahmheit, Steifbeinigkeit, Husten. — Als Vorbeugungsmittel gegen Knochenweiche.
Sämtl. Futterkalke wie: Phosphorsauerkalk 38—40 % und Leckfalzrollen.
Zur **Desinfektion:** Lysol, Creolin, Lysoform, Formalin, Chlorkalk usw.
Markt-Drogerie - P. Hennig

Lenatol
best. Messingputzmittel
erhältlich bei **R. Arnold,** Markt

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 4. März, abends ½9 Uhr im Hotel Palmbaum
Pflichtversammlung
Der Ortsgruppenführer

Verein Eintracht, Ateritz
Sonntag, den 6 März, von abends 7 Uhr an
Kränzchen
wozu freundlichst einladet **Der Vorstand**

Feinste Deutsche
Fettheringe
10 Stck. 47 Pfg.
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Café Irmer
Sonntag, den 6. März
Haus-Fastnachten

Billige Bücher!
In der Zeit vom 1. bis 15. März 1932
bringen wir einen größeren Posten Bücher, darunter
Romane : Kriminalgeschichten
Novellen : - : Jugendschriften
namhafter Schriftsteller zu bedeutend ermässigten Preisen zum Verkauf. **Teilweise bis 50 Prozent herabgesetzt.**
Buchhandlung Richard Arnold
Kemberg. . . . . Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320303-10/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 27 — Donnerstag, den 3. März 1932 — 34. Jahrg.

Völkerbund und Abrüstung.

Von
Max Beer.

Seit Begründung des Völkerbundes lebt der deutsche Schriftsteller Max Beer als Betrachter der Völkerbundsarbeit in Genf. Eine Zeitlang war er als Vertreter Deutschlands Mitglied der Nachrichten-Abteilung des Völkerbunds selbst. Er kennt also den Völkerbund von innen und außen, und deshalb verdient sein soeben im Verlag S. Fischer, Berlin, erschienenes Buch „Die Reise nach Genf" erhöhte Aufmerksamkeit aller politischen Kreise.

„All die bis in die letzten Einzelheiten in 54 Artikeln ausgeklügelten Abrüstungsbestimmungen des Teiles V des Versailler Friedensvertrages werden eingeleitet durch ein wichtiges und feierliches Wort: „Um die Vorbereitung einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland. die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt vollkommen innezuhalten." Das ist ein klarer Satz, den niemand mißverstehen kann, der, wie der französische Professor Jean Rey in seinem vortrefflichen Kommentar zum Völkerbundspakt erklärt, „ausdrücklich festsetzt, daß die gewissen Mächten aufgelegte Entwaffnung nur die Bedingung für die allgemeine Abrüstung ist. die folgen sollte", und aus dem sich ergibt, daß, „wenn nach Artikel 8 die Völkerbundsmitglieder sich in einer ungleichen Lage befinden, über den temporären Charakter dieser Ungleichheit im Geiste der Verfasser des Vertrages kein Zweifel bestand". Die Deutschen jedenfalls haben bereits auf Grund ihrer feierlichen Verständigung mit dem Präsidenten Wilson über seine 14 Punkte ein unbestreitbares Recht darauf, daß die Abrüstung gleichmäßig in allen Staaten durchgeführt wird. Die deutsche Delegation in Versailles stimmt außerdem den drakonischen Abrüstungsbestimmungen des Vertrages am 29. Mai 1919 nur mit der Erklärung zu, daß Deutschland als gleichberechtigte Macht sofort in den Völkerbund aufgenommen werde, daß sie „den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen bedeuteten, und daß spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß auch die anderen Staaten entsprechend Artikel 8 der gegnerischen Völkerbundsakte Beschränkungen ihrer Rüstungen vornehmen und die allgemeine Wehrpflicht abschaffen".

Die Alliierten selbst legen in ihrem Ultimatum vom 16. Juni Wert darauf, an die Bestimmungen des Artikels 8 zu erinnern, baldige Verhandlungen über einen allgemeinen Abrüstungsplan anzukündigen und besonders hervorzuheben „daß ihre Bedingungen über die Rüstungen Deutschlands nicht nur zum Zweck hätten, Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen", sondern daß „diese Bedingungen gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen darstellen, welche die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören wird". Was heißt das alles? Wenn die Sieger Deutschland und seine Verbündeten zunächst gewaltsam entwaffnen, so sind sie gleichzeitig selbst entschlossen, zu einer allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen zu schreiten. Das hört man gerne. Aber warum tun sie es nicht sofort? Worauf warten sie? Hören wir ihre Entschuldigung: Sie müssen nämlich „feststellen, daß das ungeheure Anwachsen der Rüstungen in den letzten Jahrzehnten den Staaten Europas durch Deutschland aufgezwungen worden ist. Weil Deutschland seine Macht vermehrte, mußten seine Nachbarn das gleiche tun. wollten sie nicht dem Zwange des deutschen Schwertes widerstandslos ausgeliefert sein." Und nach dieser unbewiesenen Behauptung, die sie wie so viele andere in ihrer Ultimatum-Note einem Gegner ins Gesicht schleudern dürfen, dem der Widerspruch verboten ist, kommen sie zu folgendem Schluß: „Es ist daher ebenso gerecht wie notwendig, mit der zwangsweisen Begrenzung der Rüstungen bei dem Staate zu beginnen, den die Verantwortung für ihr Anwachsen trifft. Erst wenn der Angreifer den Weg gezeigt hat, können auch die Angegriffenen in aller Sicherheit ihm folgen." Und deshalb hat „Deutschland bedingungslos einer Abrüstung vor den alliierten und assoziierten Mächten zuzustimmen".

*

Aufgabe des Völkerbundes ist es, so schnell wie möglich die zeitliche Zerreißung des Abrüstungswerks wiedergutzumachen, niemals aber wird er es zulassen können, daß man die ihm anvertraute Aufgabe auch inhaltlich zerreißt und ihn damit selbst vernichtet.

Eine paradoxale Lage? Paradoxal wie die Art der Gründung des Völkerbundes und des Versailler Friedenssystems: Eine große Gruppe von Mächten, die Frankreich, England, Italien, Polen, Tschechoslowakei usw. heißt, will ihre Macht, die sie geflissentlich mit Sicherheit verwechselt, auf die Entwaffnung ihrer Nachbarstaaten gründen: das ist der Sinn des Teiles V ohne die Präambel, und das ist die Verleugnung des Völkerbundsgedankens, der die Sicherheit auf die allen gemeinsame Macht gründen soll. Dieselbe Gruppe von Staaten aber, die sich jetzt den Namen Völkerbund beilegt ist, weil dieser Name nun einmal verpflichtet, widerwillig zur Anerkennung des Grundsatzes der allgemeinen Abrüstung und zur Ankündigung unbestimmter Zukunftsmaßnahmen gezwungen. Ein Widerspruch, den die Präambel zu Teil V und die Erklärungen der Alliierten vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages verdecken wollen. Aber die paradoxale Lage wird eine Zwangslage, der sich niemand mehr entziehen darf. Die Geister des Teiles V klopfen stürmisch an die verschlossene Pforte des Teiles I. Soll ein Völkerbund werden, muß die Pforte sich öffnen, muß die Identität zwischen den Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages und den Abrüstungsverheißungen des Paktes hergestellt werden. Und der große Kampf, der allmählich anbricht und in dem die einen diese Identität verlangen, die anderen ihre Herbeiführung hinausschieben oder ihre Notwendigkeit leugnen, wird mehr als der Kampf um die Regelung der Beziehungen zwischen den Siegern und den Besiegten und um die Innehaltung oder Auslegung bestimmter Versprechungen und Verpflichtungen, wird der Kampf um die Herbeiführung des Völkerbundes sein. Solange dieser Kampf nicht mit dem ausschließlichen Sieg des Völkerbundsgedankens über den Machtgedanken endet, bleibt der Pariser Verein, auch wenn die Besiegten ihm angehören, der Gendarm der Sieger. Er steht vor den Starken und droht zu den Entwaffneten hinüber."

Um die deutsche Gleichberechtigung.

Entscheidung auf das konferenzende verschoben.

Genf, 2. März.

Tardieu hat kurz vor seiner Abreise nach Paris der Presse einige Mitteilungen über seine letzten Verhandlungen gemacht. Er betonte, daß er sich mit dem Botschafter Nadolny offen über die schwebenden Fragen unterhalten habe. Die Unterredung sei in durchaus freundschaftlichem Geiste verlaufen. Die grundsätzlichen Schwierigkeiten beständen jedoch weiter. Auf keiner Seite bestehe die Absicht, die Lage weiter zu verschärfen.

Die großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung, die mit dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes zusammenhängen, würden gleich zu Beginn der jetzt einsetzenden sachlichen Verhandlungen auf den Abschluß der Konferenz verschoben werden. Man wolle die mit diesem Artikel zusammenhängenden Schwierigkeiten erst am Ende der Konferenz beraten.

Die sachlichen Verhandlungen würden daher zunächst mit dem Kapitel 2 des Abkommensentwurfs über die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände beginnen. Dieses Kapitel berühre die internationalen Fragen, so daß hierbei die Sicherheitsfrage und die französischen Vorschläge behandelt werden würden. Bis zum Abschluß der am Donnerstag beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes würden keinerlei bedeutungsvolle Verhandlungen mehr stattfinden. Tardieu erklärte, er nehme an, daß die grundsätzlichen Erörterungen voraussichtlich erst nach der [illegible]

[illegible] erschien Montagmorgen der Reichstagsabgeordnete Goering von der Nationalsozialistischen Partei beim Reichswahlleiter, um die Kandidatur des Regierungsrats Hitler anzukündigen. Die formelle Zustimmung Hitlers steht noch aus, wird aber nachgereicht werden.

Weiterhin haben die Kommunisten die Kandidatur Thälmanns, und die Deutschnationalen in Verbindung mit dem Stahlhelm die Kandidatur des Oberstleutnant a. D. Duesterberg beim Reichswahlleiter angekündigt. Die notwendigen Formalitäten dürften spätestens bis Dienstag erledigt werden.

Als ein Kuriosum verdient vermerkt zu werden, daß nach den bisherigen Anmeldungen auf den Stimmzetteln nicht vier, sondern fünf Präsidentschaftskandidaten verzeichnet werden.

Der Fünfte ist nämlich der sogenannte Betriebsanwalt Adolf Gustav Winter aus Großjena bei Naumburg, der sich gegenwärtig in der Bautzener Landesstrafanstalt befindet. Gustav Adolf Winter ist der Mann der rotgestempelten Tausendmarkscheine, der die Rettung Deutschlands durch eine Bank- und Börsenreform verkündet. Die notwendigen Unterschriften, und zwar 35 000, sind für ihn beigebracht worden. Die Unterschriften sind vor allem in Hamburg, München und in Sachsen gesammelt worden. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden formelle Einwendungen gegen die Kandidatur dann nicht gemacht werden können, wenn dem Präsidentschaftskandidaten Winter bei der Verurteilung die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abgesprochen worden sind.

Die Frist für die Anmeldung endet am 3. März, 12 Uhr nachts. Der Reichswahlleiter wird alsdann seine Entscheidung über die Zulassung der Kandidaten treffen und gleichzeitig den Kreiswahlleitern telegraphisch Mitteilung machen, damit die Stimmlisten ausgedruckt werden können. Die Angelegenheit ist insofern eilig, weil die ausfahrenden Seeleute in den Häfen der Ost- und Nordsee bereits acht Tage vor der Wahl ihre Stimme abgeben können. Die Mitteilung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge erfolgt im Reichsanzeiger.

Neue Austritte aus der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 1. März. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei, Stadtverordneter Dr. Faltz, ist unter gleichzeitiger Niederlegung des Vorsitzes aus der Partei ausgetreten und kündigt in einem Aufruf an seine bisherigen Parteifreunde seinen Uebertritt zu den Deutschnationalen an. Mit Faltz haben noch eine ganze Reihe anderer Parteimitglieder ihren Austritt aus der DVP. vollzogen.

Jugendausschuß Berlin der DVP für Dingeldey

Der Wahlkreis-Jugendausschuß der Deutschen Volkspartei im Wahlkreisverband Berlin (Hindenburg-Bund) veröffentlicht eine Erklärung, in der er mitteilt, er lehne es auf das allerentschiedenste ab, sich dem Schritt einiger Mitglieder des Wahlkreisverbandes anzuschließen und zu den Deutschnationalen überzugehen. Die Jugendgruppe des Hindenburg-Bundes stehe in unwandelbarer Treue hinter ihren Führern Dingeldey und Hintzmann.

*

Die Krise in der Volkspartei.

Berlin, 2. März. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei erklärt zu dem Uebertritt des Vorsitzenden und Generalsekretärs des Berliner Wahlkreises zu den Deutschnationalen, beide Herren seien damit ihrem Ausschluß zuvorgekommen. — Inzwischen hat auch der frühere Reichsminister von Raumer seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Hugenberg in Essen.

Präsidentschaftswahl und Preußenwahl.

Essen, 2. März.

Dr. Hugenberg sprach in Essen über die bevorstehende Präsidentschaftswahl. Er legte dar, weshalb die DNVP. keinen eigenen Parteikandidaten aufgestellt habe. Maßgebend sei letzten Endes das Ziel von Harzburg: „Das verderbliche schwarz-rote System muß fallen!" Die Präsidentenwahl wirke heute in der Richtung, daß die an sich klaren Fronten verwischt werden. Die Preußenwahl werde und müsse sie wiederherstellen. Der Preußenwahl gelte der Hauptstoß. Der Versuch des schwarz-roten Systems, sie mit der Präsidentenwahl in den Hintergrund zu drängen, werde mißlingen. Daß die Gefahr auf längere Sicht auch heute noch nicht überwunden sei, gehe zu Lasten des Zentrums und seiner Bundesgenossen. Das Zentrum habe nach den Wahlen vom 14. September 1930 einen gegebenen Augenblick nach dem anderen ungenutzt vorübergehen lassen. Es habe die Landtagswahl trotz aller Bemühungen der Rechten hinter die Präsidentenwahl statt davor gelegt, um den Frieden zwischen Hindenburg und der Rechten unmöglich zu machen, ja, um Hindenburg auf dem politischen Schachbrett auf der Seite des schwarz-roten Bundes als seinen König gegen die Rechte auszuspielen. Es habe im Sommer 1931 die beste Gelegenheit zur endgültigen Abwerfung der Tribute versäumt. Es habe sich nicht rechtzeitig zu einer klaren Politik des inneren Marktes entschließen können. Es habe ständig politisch „gepfuscht" statt geführt, um sein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu retten. Was „Klugheit im politischen Leben" sei, wisse Herr Brüning sicher. Was Macht sei, auch. Er brauche aber trotz einiger für ihn erfreulicher Erfahrungen, die er machen konnte, nicht zu hoffen, daß die Rechte es nicht wisse. Das Spiel sei noch nicht zu Ende.

Reichslandbund gegen Hindenburg.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320303-10/fragment/page=0005
DFG